

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 42 (2015)
Heft: 5

Artikel: Blick auf die Schweiz von aussen
Autor: Maurisse, Marie / Theile, Charlotte
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910931>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick auf die Schweiz von aussen

Der Wahlkampf in der Schweiz ist in vollem Gang und natürlich machen Kandidierende und Parteien viele Versprechungen für die Zukunft. Der Wahlkampf ist aber auch die Zeit für eine Bilanz der vergangenen Jahre. Wir haben deshalb zwei Beobachterinnen, die Korrespondentinnen der beiden grossen ausländischen Zeitungen «Le Monde» und «Süddeutsche Zeitung», gebeten, die Schweizer Politik und den Wahlkampf für die Auslandschweizer zu beschreiben.

Die Schweiz zwischen Öffnung und Protektionismus

Die letzte Legislaturperiode war vom Bestreben des Landes geprägt, sich von der europäischen Krise zu befreien – ohne Erfolg. Dieses Thema wird voraussichtlich die eidgenössischen Wahlen bestimmen.



MARIE MAURISSE, SCHWEIZ-KORRESPONDENTIN DER ZEITUNG «LE MONDE»

Die vergangenen vier Jahre waren ein Drahtseilakt für die Schweiz. Einerseits wollte sie sich nicht von der Krise anstecken lassen, die die EU auf allen Ebenen – wirtschaftlich und politisch – erschüttert. Andererseits musste das schweizerische Wachstum fortlaufend gestützt werden, da es stark vom Austausch von Waren und Arbeitskräften mit den Nachbarstaaten abhängt. Drei wichtige Ereignisse haben gezeigt, wie schwierig dieser Balanceakt für das Land ist.

Am 9. Februar 2014 votierten die Wähler für die Wiedereinführung von Einwanderungsquoten: Sie sagten Ja zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung der Schweizerischen Volkspartei (SVP), der stärksten Partei des Landes. Das Ergebnis war ein politischer Donnerschlag, der insbesondere dem Bundesrat Kopfzerbrechen bereitet. Die Autonomieanwandlungen der Eidgenossen prallen mit voller Wucht mit der Realität der Schweizer Wirtschaft zusammen, die dringend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist. Gibt die Politik der Wirtschaft die Marschrichtung vor oder umgekehrt? Der Bundesrat muss seinen Weg finden, doch das Bürgerkomitee RASA würde den

Volksentscheid gerne rückgängig machen. Die nächsten Monate werden entscheidend sein.

Euro-Mindestkurs und Bankgeheimnis

Ein weiteres Zeichen für das Schwanken der Schweiz zwischen Autonomie und Abhängigkeit ist die Entscheidung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) vom 15. Januar, den Euro-Mindestkurs aufzuheben, der 2011 eingeführt wurde, um der Aufwertung des Schweizer Franken Einhalt zu gebieten. SNB-Präsident Thomas Jordan zufolge ist es mittlerweile zu teuer, die Währung künstlich auf angemessenem Niveau zu halten. Die Unternehmen müssen nun alleine sehen, wie sie trotz des starken Frankens wettbewerbsfähig bleiben. Den Schweizer KMU und der Tourismusbranche steht das Wasser bis zu Hals und die Nationalbank steht unter Druck. Die Schweiz ist eben doch keine Insel inmitten Europas und ihr BIP wird stark durch die Euro-Krise beeinflusst.

Des Weiteren möchte das Land – wie der letzte Punkt zeigt – nicht mehr aus der Reihe tanzen: Am 27. Mai hat die Regierung ein Abkommen über den automatischen Informationsaus-

tausch mit der EU unterzeichnet, wodurch 2017 de facto das Bankgeheimnis abgeschafft wird. Auch hier verschwindet eine schweizerische Besonderheit zugunsten eines globalen Systems zur Nachvollziehbarkeit der über die Banken abgewickelten Geldflüsse. Diese Entwicklung wird nicht auf ausländische Kunden mit Konto in der Schweiz beschränkt bleiben: Für Fachleute steht fest, dass auch die Schweizer bald auf das Bankgeheimnis verzichten werden. Es sei denn, die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre», über die in einigen Monaten abgestimmt wird, wird vom Volk angenommen.

Der Einfluss Europas

Die Schweiz ist zwischen Öffnung und Protektionismus hin- und hergerissen. Laut Antoine Chollet, Politologe der Universität Lausanne, hat die SVP einen symbolischen Kampf gewonnen: Die EU geniesst immer weniger Ansehen bei den Schweizern und die Idee eines Beitritts ist völlig aus den Programmen der Schweizer Parteien verschwunden. «Gleichwohl wird die Schweizer Politik weiterhin stark von Europa beeinflusst», sagt der Experte und Autor des Buches «Défendre la démocratie directe»: «Die Aufhebung des Euro-Mindestkurses und die Abstimmung vom 9. Februar sind zwei souveräne Entscheidungen, deren Folgen zeigen, wie stark wir von den uns umgebenden Ländern abhängen.» Das Resultat der SVP bei den nächsten Wahlen wird deshalb richtungsweisend sein.



Mehr Mut, weniger Apéro

Der Bundesrat hat ein Thema vorgegeben, das im Wahlkampf zum Richtungsweiser werden könnte.



CHARLOTTE THEILE, KORRESPONDENTIN DER
«SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG» IN DER SCHWEIZ

Spätestens im Februar hatte er begonnen, der Wettstreit für die Nationalratswahlen. Roger Köppel, Chefredaktor und Verleger der «Weltwoche» und in sämtlichen Talkshows Deutschlands präsent, erklärte, er wolle für die SVP Zürich ins Parlament einziehen. Nicht so sehr, weil er wolle, sondern, weil er müsse. Die «verheerende Politik der linken Mehrheit in Bern» zwingt ihn dazu. Fast zwei Monate lang waren seine Kandidatur – und die Angst altgedienter SVP-Politiker auf der Liste nach hinten zu rücken – das Wahlkampfthema überhaupt. Dann setzte die SVP das nächste Ausrufezeichen: Magdalena Martullo-Blocher, Chefin der Ems-Chemie und Tochter von Christoph Blocher, kandidiert ebenfalls – nicht in Zürich, sondern in Graubünden. «Hurra, hurra, alle nach Chur!», hiess es in der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit».

Der Kampf um das politische Erbe

Was die prominenten Quereinsteiger bringen werden? Unklar. Ob es der SVP gelingen wird, das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer für ihre politi-

schen Ziele zu verwenden? Ebenfalls. Politologen sehen zwar einen leichten «Trend nach rechts» – doch von diesem profitiert eher die FDP. Nicht überraschend: Die Themen der vergangenen Monate sind Wirtschaftsthemen. Schliesslich erleben die Schweizer seit Januar sehr konkret, was es bedeutet, mit einer Fluchtwährung zu leben: Kilometerlange Schlangen von Autos Richtung Deutschland zum Einkauf, längere Arbeitszeiten bei gleichem Lohn, die Verlagerung von industriellen Arbeitsplätzen – die Folgen des starken Frankens sind real und spürbar. Welche Antworten die Schweiz auf diese Währungsfrage geben kann, ist unklar, geht die Krise doch von Griechenland und der EU aus. Dennoch scheint im Wahlkampf die Wirtschaftskompetenz wichtiger als in den vergangenen Jahren. Aber so richtig in Schwung gekommen ist der Wahlkampf bisher nicht. Die grossen Parteien setzen vor allem auf Mobilisierung ihrer Stammwähler – Gratis-Apéro statt inhaltlicher Auseinandersetzung. Und die «Richtungs-wahlen», die SP-Präsident Christian Levrat prognostiziert – rechts oder links, Weltoffenheit oder Abschottung,

Sozialdemokratie oder Wirtschaftsliberalismus – könnte man eigentlich alle vier Jahre ausrufen.

Immerhin hat der Bundesrat Ende Juni ein Thema vorgegeben, das zum Richtungsweiser des Sommers werden könnte: Die Verhandlungen mit der EU sollen in den nächsten Wochen neu organisiert werden. Ein Chefunterhändler, der jetzt nicht mehr nur über die Neuregelung der Zuwanderung, sondern auch über Forschungsfragen, institutionelle Zusammenarbeit und den europäischen Strommarkt verhandeln soll. Bis zum Herbst erwartet der Bundesrat erste Vorschläge. Gelänge eine solche Paketlösung, wäre das ein grosser Wurf für die Schweizer Diplomatie. Der «Quadratur des Kreises», wie viele die Umsetzung der 2014 beschlossenen Zuwanderungskontingente nennen, einen Schritt näher zu kommen – für den Bundesrat wäre das die beste Neuigkeit kurz vor den Wahlen. Doch Bern pokert mit dieser Strategie hoch: Ogleich es die EU abgelehnt hat zu verhandeln, wird in der Schweiz die Erwartung geweckt, es gebe schon bald ein Verhandlungsergebnis.

Aufmerksamkeit für Aussenseiter

Ein paar Aufsehen erregende Kandidaturen, Wirtschaftsthemen, vielleicht ein Achtungserfolg einer ausge-ruchten Verhandlungsstrategie – nach



grossen Überraschungen bei den Wahlen klingt das nicht. Und so bekommen selbst Kleinstparteien wie die Künstlerliste – Wählerpotenzial nach eigener Schätzung unter einem Prozent – grosse Aufmerksamkeit.

Ihre Ideen klingen zwar nach Grünen oder SP: Umwelt, Flüchtlinge, Bildung, das Verhältnis zur EU. Eine neue Partei sei dennoch nötig, sagt die bekannte Schriftstellerin Ruth Schweikert. Das biete Raum für Utopien und

Querköpfe. Da haben die Künstler einen wichtigen Punkt getroffen: Mutige Ideen, neue, vielleicht auch unübliche Politiker, das wäre vermutlich das Beste, was dem Wahlkampf in den nächsten Wochen passieren könnte.

Die Parlamentsarbeit und die Sorgen der Bürger

Mit den Wahlen am 18. Oktober endet die 49. Legislaturperiode des Bundes.

Was hat die politische Schweiz zwischen 2011 und 2015 am stärksten bewegt und wie hat der Politbetrieb funktioniert?

Eine Analyse von Thomas Milic

Aussenpolitik

Wenn es ein Ereignis in den letzten vier Jahren gab, welches Stimmbewölkerung, Parlament, Regierung und Medien gleichermaßen aufwühlte, so war dies die hauchdünne Annahme der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) am 9. Februar 2014. Sie bedeutete eine Zäsur in den Beziehungen zur EU, denn sie stellte den bilateralen Weg, der zuvor in allen Volksabstimmungen bestätigt worden war, grundsätzlich in Frage. Doch damit nicht genug: Der Volksentscheid bremste auch die Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen, dessen Ratifizierung nun erst möglich ist, wenn eine Lösung zum Streitpunkt der Personenfreizügigkeit vorliegt. Die Annahme der Ecopop-Initiative, über die das Stimmvolk nur wenige Monate

später, am 30. November 2014, abstimmte, hätte wohl das endgültige Ende der Bilateralen eingeleitet. Das Begehren wurde jedoch überraschend deutlich verworfen. Für die Befürworter des bilateralen Wegs bedeutete dies allerdings nur ein kurzes Aufatmen. Denn der Ausgang der Verhandlungen mit der EU ist nach wie vor nicht absehbar. Eine breit akzeptierte Umsetzungslösung sucht man bislang vergebens. Und weil sich das in ausserpolitischen Fragen tief gespaltenes Parlament wohl kaum auf eine Umsetzungslösung wird einigen können, wird es voraussichtlich am Volk sein, diesen «gordischen Knoten» in einer erneuten Abstimmung zu durchschlagen.

Die Aussenpolitik steht derart im Banne der MEI-Umsetzung, dass andere ausserpolitische Auseinandersetzungen beinahe vergessen gehen. Bedeutungslos waren sie indes

nicht. Beim FATCA-Abkommen mit den USA ging es um nichts weniger als die De-facto-Aufhebung des Bankgeheimnisses gegenüber amerikanischen Kunden. Diese «Kröte», wie Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf sich ausdrückte, wurde vom Parlament zwar widerwillig, aber am Ende überraschend deutlich geschluckt. Noch drei weitere Steuerdispute wurden beigelegt: 2012 konnten die Steuerabkommen mit Grossbritannien und Österreich, 2015 dasjenige mit Italien unterzeichnet werden. Eine ähnliche Lösung mit Deutschland scheiterte am Widerstand des Deutschen Bundestages.

Migrations- und Asylpolitik

Die MEI ist ein SVP-Begehren, welches sowohl eine ausserpolitische wie auch eine

migrationspolitische Dimension aufweist, und genau dieser Umstand erschwerte die Auslegung des Volksentscheids. Doch die Zuwanderungsbegrenzung war nicht das einzige Thema, dessen sich die SVP annahm. 2010 wurde zum ersten Mal überhaupt eine ausländerpolitische Initiative angenommen – die Ausschaffungsinitiative der SVP. Sie hatte keine Zuwanderungsbegrenzung zum Ziel, sondern die automatische Ausschaffung krimineller Ausländer und Ausländerinnen. Unzufrieden mit der sich abzeichnenden Umsetzung des Begehrens reichte die SVP 2012 eine Durchsetzungsinitiative ein. Dies war ein Novum in der Schweizer Politik. Erstmals versuchte eine Partei mit einer weiteren Initiative ihre Deutung des angenommenen Verfassungstextes durchzusetzen. Angesichts der steigenden Erfolgsrate von Initiativen und der gleichzeitig zunehmenden internationalen Verflechtung der Schweiz ist in Zukunft wohl mit weiteren Durchsetzungsbegehren zu rechnen.

In der Asylpolitik herrscht derzeit wohl die sprichwörtliche Ruhe vor dem Sturm. Die anhaltenden Kriege und revolutionären Umwälzungen im näheren Umfeld Europas führen zu rasant ansteigenden Flüchtlingszahlen. Dies macht eine gesamteuropäische Koordination des Asylwesens notwendig, und nach dem Willen der Europäer soll die Schweiz nicht abseits stehen. Damit aber sind heftige Kontroversen vorprogrammiert, denn beinahe nirgendwo sonst prallen derart unterschiedliche Sichtweisen zwischen

links und rechts aufeinander wie in der Asylpolitik. Eine Prognose sei deshalb gewagt: Die Asylpolitik dürfte eines der dominierenden Themen der kommenden Legislaturperiode, vielleicht gar des aufkommenden Wahlkampfes werden.

Energiepolitik

Das Schlüsselergebnis, welches die Energie-debatte der vergangenen Legislaturperiode am stärksten prägte, fällt eigentlich noch in die Legislatur davor: Kurz nach der Fukushima-Katastrophe (und kurz vor den Wahlen 2011) beschloss der Bundesrat den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie. Die damaligen vier Bundesrätinnen gaben dabei den Ausschlag. Einen konkreten Ausstiegstermin legte die Regierung jedoch nicht fest. Ein solcher Termin sei allein von der Sicherheit der AKW abhängig, hiess es damals. Ob es einen Ausstiegstermin überhaupt je geben wird, ist indes nicht mehr sicher. Denn die Energiestrategie 2050 stösst vor allem rechts, teilweise aber auch links auf Kritik (siehe auch Parteienumfrage ab Seite 14).

Sozialpolitik

Es ist weitestgehend unbestritten, dass die demografischen Veränderungen Anpassungen sowohl im Sozial- als auch im Gesundheitswesen nötig machen. Ebenso unbestritten ist, dass in beiden Politikfeldern die Zeit drängt: Der AHV droht in wenigen Jahren ein

Milliardendefizit und die Gesundheitskosten steigen unaufhörlich. Die bundesrätliche Antwort auf diese Herausforderungen sind die «Altersvorsorge 2020» und die «Gesundheit 2020». Ersteres ist das Prestigeprojekt von Bundesrat Alain Berset. Doch es gibt Kritik von allen Seiten. Bertsers eigene Partei, die SP, lehnte die Anhebung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre kategorisch ab, während die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaft der Meinung sind, die Finanzierung sei zu einseitig auf Mehreinnahmen (insbesondere die Anhebung der Mehrwertsteuer) ausgerichtet. Es bleibt demnach noch einiges an Arbeit zu tun, bis eine mehrheitsfähige Rentenreform steht. Weniger unter Druck als die Rentenreform stehen die Reformpläne des Bundesrats im Gesundheitswesen.

Verteidigung und Sicherheit

Verteidigungspolitisch stand die geplante Erneuerung der Luftwaffe im Mittelpunkt der zu Ende gehenden Legislaturperiode. 22 Kampfflugzeuge des schwedischen Typs Gripen waren als Ersatz für die in die Jahre gekommene Tigerflotte vorgesehen. Indes, noch bevor der Bundesrat seinen Entscheid zugunsten des Gripens bekanntgab, gelangten interne Dokumente an die Öffentlichkeit, die dem Flieger eher schlechte Noten erteilten. Von diesem anfänglichen Rückschlag sollten sich die Gripen-Befürworter nicht mehr erholen. Im Parlament wurde das Beschaffungsgeschäft sehr kontrovers diskutiert. Und an